

Wolfgang Hammer

Alldays for Future - Mit Kindern und Jugendlichen die Zukunft gestalten !

Prolog : Wenn die Besitzstands - Wahrer und Mutlosen die Zukunft planen

Nachhaltigkeit ist die zentrale Anforderung für die Gestaltung der Zukunft. Sie steht für den Erhalt und die Wiedergewinnung einer lebensfördernden Umwelt, für den Ausgleich von Ökologie und Ökonomie und für mehr Gerechtigkeit insbesondere in den Bereichen Existenzsicherung, Bildung und Teilhabe. Dies ist auch Aussage und Programm der aktuellen Veröffentlichung des **Jugendrats der Generationen - Stiftung : Ihr habt keinen Plan - Darum machen wir einen (Karl Blessing Verlag, München 2019)**

Dieser Anspruch muss vor allem durch eine Politik der Generationen - Gerechtigkeit seine Ernsthaftigkeit unter Beweis stellen, denn Zukunftspolitik ist unzweifelhaft den Lebensbedingungen zukünftiger Generationen verpflichtet. Eine Politik die diesen Anspruch nicht erhebt und einlöst, agiert im wahrsten Sinne nach dem Motto „ Nach uns die Sintflut “. Wie nah die Welt am Abgrund steht, wenn nicht sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden, ist durch den jüngsten **Report des Weltklimarats (IPCC) vom 8.8. 2019** eindringlich verdeutlicht worden. Ein Paradigmenwechsel in der Klima- und Umweltpolitik braucht als Basis aber eine Verankerung der notwendigen Schritte und Einschnitte bei der Mehrheit der Bevölkerung gerade bei den Gruppen , die bisher durch ihr individuelles und gesellschaftliches Handeln dazu beigetragen haben, Natur und Menschen auszubeuten . Für Menschen, die von Ausgrenzung und zunehmender Armut betroffen sind, darf diese Politik nicht zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft zwischen arm und reich führen, sonst verliert sie ihre Akzeptanz und gefährdet die politischen Mehrheiten, die zur Durchsetzung einer offensiven Klima-und Umweltpolitik in einer parlamentarischen Demokratie notwendig sind.

Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit brauchen einen Kompass, der die Richtung aufzeigt und Mut zur Veränderung. Mut brauchen nicht nur Parteien , Gewerkschaften und Verbände . Mut ist die Voraussetzung für einen zivilgesellschaftlichen Aufbruch auf allen Ebenen von möglichst vielen Menschen, denn es geht um eine Änderung von lebensbedrohenden Gewohnheiten, Konsummustern und Sichtweisen in fast allen Lebensbereichen und um eine Neubestimmung des Verhältnisses von Sicherheit und Freiheit.

Die Sichtweisen sind in diesem Zusammenhang unabdingbarer Ausgangspunkt , denn viele der in Politik und Gesellschaft verbreiteten „ main - streams “ führen zu inhumanen Umdeutungen insbesondere über Kinder und Jugendliche und zu Besorgnis erregenden Konsequenzen im gesellschaftlichen und politischen Umgang mit ihnen. Wer aber die jungen Menschen nicht versteht, wird auch die Welt nicht verstehen. Auf dieser Basis ist der Weg in die Zukunft verstellt.

Mut braucht es auch, um Verkrustungen in unseren Denkmustern und den daraus resultierenden politischen Fehlentwicklungen aufzubrechen insbesondere dort, wo es um Menschenrechte und deren Umsetzung geht. Menschenrechte sind nicht teilbar - deshalb muss eine verantwortliche Klima- und Umweltpolitik eingebunden sein in eine Menschenrechtspolitik, die vor allem das Thema Gerechtigkeit der Pflichten- und Lastenverteilung aufgreift.

Im Nachfolgenden soll deshalb der Schwerpunkt auf die Betrachtung des Umgangs mit Kindern und Jugendlichen in Pädagogik , Politik und Gesellschaft erfolgen, denn dort stellt sich die Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft und der Nachhaltigkeit von Politik in besonderer Schärfe. Die weltweite Fridays for Future - Bewegung zeigt, wie sehr die nachfolgende Generation den Eindruck hat, dass ihre Zukunft durch eine mutlose Besitzstands wahrende Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners verwaltet und damit verspielt wird.

Wer glaubt, diese Jugendbewegung wäre nur ein vorübergehender Hype oder beschränke sich nur auf Klimapolitik, hat nicht verstanden, worum es den jungen Menschen geht und wie ernsthaft und gut begründet ihr Gestaltungsanspruch an einen gesellschaftlichen und politischen Wandel ist.

Das Programm des Jugendrats der Generationen Stiftung ist gerade deswegen ein so überzeugender Aufruf zu einem radikalen Politikwechsel, weil jede seiner Forderungen analytisch abgeleitet und empirisch begründet ist. Den Vorwurf der Ideologielastigkeit und der Realitätsverweigerung müssen sich diejenigen gefallen lassen, die immer noch dafür sorgen, dass die Erkenntnisse von Wissenschaft und Forschung ignoriert und umgedeutet werden. Das gilt insbesondere für die neo-liberalen Heilsversprechen der Agenda 2010 mit der unregulierten Öffnung der Finanzmärkte und dem Rückzug des Staates aus wesentlichen infrastrukturellen Gewährleistungsverpflichtungen im Bereich der Daseinsvorsorge. Die Folgen sind weltweit zu sehen: Vermögen und Einkommen zwischen arm und reich entwickeln sich immer weiter auseinander und in Deutschland steigen Kinderarmut und Altersarmut, verschärft sich trotz Mietpreisbremse der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und bei der Bildung insbesondere im Elementarbereich und in der Grundschule hinkt Deutschland hinter anderen vergleichbaren OECD Staaten weiter hinterher.

Aus den Fugen geraten ist auch das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit. Dadurch, dass in vielen Lebensbereichen zunehmend mehr Sicherheitsversprechen der Politik nicht mehr eingelöst werden, schwindet nicht nur das Vertrauen, dass Politik in schwierigen Zeiten noch handlungsfähig ist. Auch der Wert der Freiheit als Impulsgeber für einen gesellschaftlichen Wandel ist bedroht und nationale Heilsversprechen haben bei vielen über 40-jährigen Konjunktur, die auf Einschränkungen von Freiheit setzen und die Werte einer weltoffenen, solidarischen und friedlichen Gesellschaft im Kern in Frage stellen.

Das Grund-Muster ist überall in der Welt gleich: Einfache Lösungen für komplexe Probleme, das Ausmachen von Schuldigen (MigrantInnen, PolitikerInnen, Medien), die pauschale Abwertung der Parlamentarischen Demokratie, der Rückzug ins Nationale und die Präsentation autokratischer Macho-Männer als Problemlöser. Diese Entwicklung ist sowohl Ausdruck eines Generationenkonflikts als auch eines Geschlechterkonflikts, denn diese alten Männer sind mächtig und tragen nicht nur zur Verschärfung der Klimakatastrophe bei sondern versuchen durch deren Leugnen eine Mehrheit der Menschen dumm zu halten.

Hätten die 16 bis unter 40 Jährigen und/oder die Frauen in den demokratischen Staaten der Welt die politische Macht, gäbe es eine andere Umwelt- und Klimapolitik, keinen Brexit, keinen Donald Trump als Präsidenten, keine AFD bei bundesweit 14 % und deutlich weniger Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ebenso gäbe es mehr Frauen in Führungspositionen, mehr Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien sowie eine bessere kommunale Infrastruktur.

In Deutschland hätten wir darüber hinaus echte Ganztagschulen, 13 Schuljahre bis zum Abitur, mehr Bundeseinfluss (Zentralabitur) und Geld in der Bildung, gute Kitas und Schulkinderbetreuung für alle die es brauchen, mehr Freizeitangebote und Freiräume für Kinder und Jugendliche und eine Klimapolitik, die sich der Einhaltung der Klimaziele verpflichtet sieht.

Junge Menschen sind in ihrer Mehrheit näher an den Problemen, zukunftsorientierter in ihren Visionen und bereit Verantwortung zu übernehmen und Konsumgewohnheiten zu verändern. In Politik und Gesellschaft aber spielen sie trotz allen kommerziellen Jugendwahns nur eine Nebenrolle.

Wenn ehemalige Volksparteien in Deutschland wie zuletzt bei der Europawahl von den unter 40 - jährigen nur noch zwischen 10% - 20% dieser Zielgruppe erreichen, sollte dies eine Alarmstimmung inhaltlicher Art auslösen. Stattdessen standen und stehen danach wieder einmal Personal - und Machtfragen im Zentrum und ein inhaltlicher Aufbruch der Parteien in Richtung Jugend und nachhaltiger Politik ist über Lippenbekenntnisse hinaus kaum zu spüren. Nach wie vor haben Steuerungsphantasien von Technokraten Hochkonjunktur , die der Freiheit von Menschen, insbesondere junger Menschen zutiefst misstrauen. Sie glauben, dass wenn alles in Pläne gefasst und in Verordnungen geregelt ist, es nur der ständigen Kontrolle bedarf, um den gesellschaftlichen Fortschritt garantieren zu können.

*„ Die Verträge sind gemacht und es wurde viel gelacht ...
Freiheit, Freiheit ist das einzige was fehlt “ (Marius Müller - Westernhagen)*

Das Einhalten der Vorgaben wird dann aber nur bei den Individuen überwacht , während Bundes- und Landes- Regierungen Klimavorgaben nicht einhalten, internationale Abkommen missachten, gegen EU - Recht verstossen, Urteile des Bundesverfassungsgericht ignorieren und umdeuten, Menschenrechtsverletzungen zulassen oder begünstigen und jahrelang nichts Wesentliches gegen das Auseinanderdriften von Armen und Reichen, Stadt und Land und Ost und West getan haben.

Die Politik der kleinen Schritte wird in den Zukunft sichernden Politikfeldern (Umwelt, Bildung, Soziale Gerechtigkeit, Infrastruktur und Finanzielle Handlungsfähigkeit), selbst dann nicht mehr ausreichen, wenn sie in die richtige Richtung geht.
So darf es nicht weitergehen. Es ist höchste Zeit für einen

*„ Wind of Change, where the children of tomorrow share their dreams
with you and me “ (Scorpions)*

1. Wir wissen was falsch läuft

In nahezu allen Politikfeldern wissen wir ziemlich genau was falsch läuft und kennen auch die Richtung der Handlungsbedarfe eines gesellschaftlichen und politischen Wandels. Die empirischen Erkenntnisse, die uns Forschung und Statistik in allen Bereichen zur Verfügung stellt, bieten eine gute Grundlage für eine nachhaltige Politik, wenn man sich daran orientieren würde. Im nachfolgenden soll deshalb ein cursorischer Blick auf die Handlungsfelder und Politikbereiche erfolgen. Auf eine Betrachtung der Energie- , Klima- und Umweltpolitik wird hierbei verzichtet , da deren Versäumnisse und Handlungsbedarfe allgegenwärtig im Fokus von Gesellschaft und Politik stehen.

2. Sozial-, Finanz- und Steuerpolitik - Leben auf Kosten zukünftiger Generationen

Die Sorge um die politische Handlungsfähigkeit zukünftiger Generationen hat auf europäischer Ebene zur Einführung von Schulden - Obergrenzen für die nationalen Haushalte geführt und in Deutschland zur Einführung der Schuldenbremse, für die sogar das Grundgesetz geändert werden musste.

Auf europäischer Ebene sehen wir die sozialen Verwerfungen dieser Finanzpolitik nicht nur in Griechenland sondern überall dort, wo die sozialen Sicherungssysteme erodieren und die Schere zwischen Armen und Reichen immer weiter auseinandergeht. Spürbar sind die Folgen für alle Menschen in der Europäischen Union , die durch die jahrelange Null - Zins - Politik der Europäischen Zentralbank schon hunderte von Mrd. Euro verloren haben und deren private Altersvorsorge jährlich schrumpft. Für junge Menschen in der Phase der Familiengründung muss dies bedrohlich wirken, denn eine realistische Daseinsvorsorge durch Rücklagen und private Lebensversicherungen ist selbst für Familien mit mittleren Einkommen so nicht mehr möglich.

Mit der Schuldenbremse sollte in Deutschland ein weiteres wesentliches Instrument einer Politik der Generationen - Gerechtigkeit eingeführt werden. Bei der Umsetzung aber hat technokratisches Denken zum Gegenteil geführt, da keine Priorisierung von Politikbereichen vorgenommen wurde. Gerade die Aufgabenbereiche, die Nachhaltigkeit ausmachen und das Leben von Kindern sowie deren Zukunft maßgeblich prägen, unterliegen Haushaltseinschränkungen, die dazu führen, dass Länder und Kommunen keine bedarfsgerechte Finanzierung von Bildung, Kinder- und Jugendhilfe und kommunaler Infrastruktur mehr leisten und sogar vielfach kommunale Infrastruktur massiv abgebaut haben. Die fortschreitende Schließung von immer mehr Schwimmbädern und Jugendeinrichtungen ist nur ein Beispiel dafür. Eine verantwortliche Klima- und Umweltpolitik blieb dabei vollends auf der Strecke.

Die konservative **Haushaltspolitik der Schwarzen Null** schränkt die Handlungsfähigkeit unserer Exekutive weiter ein. Ändert sich das nicht, gibt es keinen ausreichenden finanzpolitischen Handlungsspielraum mehr zur Gestaltung der Zukunft.

In der gemeinsamen Einschätzung, dass die dringend notwendigen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Umwelt eine Größenordnung haben, die im Rahmen von Schuldenbremse und der Politik der Schwarzen Null nicht zu bewältigen ist, haben in einem historischen Appell der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gemeinsam am 18.11.2019 die Bundesregierung aufgefordert, einen Schulden finanzierten Investitionsfonds von 450 Mrd. Euro einzurichten, aus dem jährlich 45 Mrd. Euro zur Finanzierung dieser Zukunftsaufgaben zur Verfügung stehen. Die Antwort der GroKo war noch am selben Tag : Ablehnung .

Diese Ablehnung ist irrational, denn die benötigten Mittel sind in der Höhe eher noch sehr niedrig angesetzt und in den öffentlichen Haushalten auch durch Umschichtung nicht aufzubringen. Diese kurzsichtige Finanzpolitik ist auch eine Folge drastischer Veränderungen der deutschen Steuerpolitik, die etwa gegenüber der Regierungszeit von Helmut Kohl erhebliche strukturelle Einnahmeausfälle der öffentlichen Hand (Kapitalertragssteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer) mit sich brachte und sich nun zu Lasten zukünftiger Generationen auswirkt.

Deutschland fehlt z.Zt. allein im Bildungsbereich das Geld für Hunderttausende von Lehrern und Sozialpädagogischen Fachkräften zum bedarfsgerechten Ausbau von Ganztagschulen und der Kindertagesbetreuung, nur um im OECD - Vergleich mithalten zu können. Die Berechnungen u.a. der Bertelsmannstiftung weisen einen jährlichen Handlungsbedarf von mind. ca. 20 Mrd. Euro aus.

Für Kleinkinder in zu großen Kita - Gruppen ohne individuelle Förderung, für SchülerInnen in zu großen Klassen mit ausgebrannten Lehrern und häufigen Unterrichtsausfällen, für Eltern und Kinder, die in ihrer Stadt kein Schwimmbad mehr haben und kaum noch pädagogisch gestaltete Freizeitangebote, ist dies eine Politik zu Lasten der nachfolgenden Generationen und damit weder zukunftsorientiert noch nachhaltig.

Auch der Pflegenotstand ist nicht nur für die betroffenen pflegebedürftigen Menschen ein Problem, sondern wirkt sich unmittelbar auf die betroffenen Familien aus. Viele Kinder entlasten ihre Eltern bei der häuslichen Pflege der Großeltern und nehmen erhebliche Einschränkungen ihrer gesellschaftlichen Teilhabe in Kauf, weil die unzureichenden Leistungen der Pflegeversicherung keine menschenwürdige ambulante oder stationäre Pflege absichern und somit zunehmend mehr Eltern und Kinder dauerhaft in die Pflege und Versorgung ihrer Eltern und Großeltern einspringen müssen. Das gleiche gilt für den dringend notwendigen Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs und der digitalen Infrastruktur als auch für die notwendigen Investitionen in den Wohnungsbau.

Deutschland braucht eine Finanzpolitik die sicherstellt, dass die für die

Zukunft unseres Landes notwendigen Mittel rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen. Das geht nur, wenn sowohl die Einnahmen sozial verträglich erhöht als auch die bisherigen Ausgaben - Schwerpunkte insbesondere die z.T. kontraproduktiven Subventionen in der Landwirtschaft und Steuererleichterungen für Großunternehmen neu justiert werden. Dies ist zugleich auch eine der Voraussetzungen für eine offensive Klima -und Umweltpolitik, die zunächst erhebliche zusätzliche öffentliche Aufwendungen notwendig macht. Die Fortsetzung der Politik der Schwarzen Null bedeutet Kapitulation vor der Zukunft.

2. Kinderarmut und Altersarmut - zwei Seiten einer dramatischen Fehlentwicklung

Während die Kinderarmut in Deutschland auf hohem Niveau verbleibt und in vielen Regionen jedes 4. Kind von Armut betroffen ist, steigt die Altersarmut von Jahr zu Jahr an. Inzwischen (2019) liegt jede zweite Rente unter 900 € . Auch wenn die Altersarmut junge Menschen nicht direkt betrifft, hat sie doch Auswirkungen. Großeltern, die Kindern und Enkeln nicht mehr finanziell beistehen können sondern selbst auf finanzielle Unterstützung der nachfolgenden Generation angewiesen sind, werden ihrer Würde beraubt. Junge Menschen sehen die Ungerechtigkeit des Rentensystems , in das sie vertrauensvoll ein ganzes Erwerbsleben einzahlen sollen. Ich habe noch, wie viele meiner Generation als junger Mensch erlebt , dass alle Eltern und Großeltern meines Umfeldes (alles Arbeiter und Handwerker) nach ihrem Renteneintritt ein menschenwürdiges Leben führen konnten und auch Kinder und Enkel bei Anschaffungen und mit kleinen Geschenken und Ausflügen unterstützt haben.

„ Die Renten sind sicher “ war ein Versprechen der Politik , dass damals eingehalten wurde und Vertrauen schaffte. Dieses Versprechen gilt auch heute noch aber nur in Österreich und eben nicht mehr in Deutschland. Leichtfertig hat sich die Politik in Deutschland vor einer echten Rentenreform gedrückt, in der alle Beschäftigten also auch Selbstständige und Beamte einzahlen und so wie in Österreich den Menschen dadurch ein menschenwürdiges Rentenniveau sichert.

Dennoch sind die Auswirkungen der Kinderarmut noch gravierender. Insbesondere die Einschränkungen bei der Bildung und der sozialen und kulturellen Teilhabe haben für Kinder fatale Folgen. Die Leistungen des Staates zur Förderung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) mit monatlich 10 Euro und einem Einmalbetrag von 100 Euro beim Schulstart waren ein eklatanter Verstoss gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2010, nach dem der tatsächliche Durchschnittsbedarf eines Kindes zugrunde zu legen ist. Der liegt aber in Deutschland bei 123 € pro Monat. Den armen Familien verbleiben pro Kind lediglich 44 € für soziale und kulturelle Teilhabe. Die am 5. 8. 2019 vom Bundeskabinett beschlossene Erhöhung der Leistungen im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) ist zwar ein richtiger aber längst nicht ausreichender Schritt.

Die wachsende Kluft zwischen armen und reichen Familien belegt eine neue Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Gesamtverbandes vom 1.8. 2019. In einem Zehn - Jahresvergleich ging die Schere zwischen den Haushaltseinkommen der armen und reichen Familien weiter auseinander. Arme Familien haben danach weniger Geld zur Verfügung als vor 10 Jahren.

„ Arme Kinder werden ärmer und weiter abgehängt. Das, was für die Mehrheit Gleichaltriger selbstverständlich ist, bleibt ihnen aufgrund der Einkommenssituation ihrer Eltern versagt... Frust, Resignation , weniger Bildungserfolg und höhere Krankheitsanfälligkeit sind sehr häufig die Folgen der Einkommensarmut. “ (Ulrich Schneider) .

Ein radikaler Paradigmenwechsel dieser skandalösen Entwicklung bei der Kinderarmut ist notwendig. Die von allen Kinderrechts - Organisationen und ExpertInnen geforderte Einführung einer bedarfsdeckenden Kindergrundsicherung ist ebenso überfällig wie der Ausbau kostenfreier und familienfreundlicher Angebote der gesamten kommunalen Infrastruktur.

3. Wohnen - bedrohtes Grundbedürfnis für Familien und Kinder

Zusätzlich zu den belastenden Entwicklungen im Bereich Kinderarmut stellt die Entwicklung des Wohnungsmarkts ein weiteres Risiko für Kinder, Jugendliche und deren Eltern dar. In Regionen mit angespanntem Mietwohnungsmarkt sind auch Familien mit mittleren Einkommen immer häufiger gezwungen, ihre Wohnungen aufzugeben und in viel zu kleine Wohnungen umzuziehen. Bei längeren Mietrückständen droht die Zwangsräumung und die Einweisung in menschenunwürdige kommunale Notunterkünfte und Zahlungsrückstände bei den Versorgungsunternehmen führten allein in Hamburg 2018 (Hamburger Abendblatt vom 18.1.2019) zu Stromsperren in 9600 Haushalten mit Kindern. In jedem Fall mindert sich durch die steigende Höhe des Anteils, der vom Einkommen für Miete und Nebenkosten abgeht, der den Kindern zur Verfügung stehende finanzielle Spielraum für soziale und kulturelle Teilhabe, Mobilität und Freizeit.

Dies ist auch der Grund, warum immer mehr Familien auf die regelhafte Essenversorgung durch Tafeln angewiesen sind. Die bisherigen staatlichen Programme wie z.B. die Mietpreis - Bremse wirken nicht oder sind wie der zusätzliche Bau von neuen Wohnungen finanziell unzureichend ausgestattet. Daher sind Schutzmaßnahmen gegen den Verlust von Wohnungen für Benachteiligte des Wohnungsmarkts insbesondere für Familien unbedingt erforderlich.

4. Bildung und Ausbildung - zu wenig, zu zersplittert , zu ausgrenzend

Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der familiären Unterstützung ist nach wie vor in Deutschland größer als in anderen vergleichbaren Ländern. Sowohl bei vorschulischen Bildung in den Kitas als auch bei der schulischen Bildung haben wir schlechtere Standards und ein hohes Mass an Unterschiedlichkeit, je nachdem wo ein Kind lebt. Die strukturelle Ausgrenzung oder mangelnde Förderung von Kindern und Jugendlichen aus armen Familien und Familien mit Migrationshintergrund durch unzureichende Unterstützung gerade in den ersten 10 Lebensjahren ist weiterhin ein deutsches Problem und nach dem 10. Lebensjahr fehlt es vor allem an echten Ganztagschulen, in denen über 5 Tage ein qualitativ hochwertiges Angebot von informellem und formalem Lernen gemacht wird.

In Gegensatz zu anderen europäischen Ländern , in denen junge Menschen trotz guter Ausbildung arbeitslos sind, fehlen in Deutschland die gut ausgebildeten jungen Menschen. So werden Hunderttausende junger Menschen in Deutschland auf schlecht bezahlte Gelegenheitsjobs orientiert oder landen in Maßnahmen des Übergangssystems , das für viele eine Sackgasse ist und direkt ins Hartz IV - System führt, wo gerade junge Menschen mit scharfen Sanktionen bis zum völligen Leistungsentzug rechnen müssen. Diese Sanktionen sind - wie das Bundesverfassungsgericht der Politik jüngst ins Stammbuch geschrieben hat - in der Höhe verfassungswidrig und in empirisch belegt in ihrer Auswirkung kontraproduktiv.

5. Föderalismus und Kommunale Selbstverwaltung - Auflösung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

Seit neuestem gibt es das Regierungsprogramm „ Gleichwertige Lebensverhältnisse “ . Anfang Juli 2019 haben die BundesministerInnen Franziska Giffey, Horst Seehofer und Julia

Klößner das neue GroKo - Programm öffentlich vorgestellt - allerdings ohne den Bundesfinanzminister, denn das Programm ist bisher nicht finanziert. Obwohl es Verfassungsauftrag ist, nimmt sich nach Jahrzehnten einer Auseinander - Entwicklung der Lebensverhältnisse in Deutschland erstmals eine Bundesregierung des Themas an. Auslöser war der Bericht einer Regierungskommission, die nicht überraschend feststellte, dass sich die Lebensverhältnisse in Deutschland immer stärker auseinander entwickeln. **Auch das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) kommt in seiner Studie vom 8.8. 2019 zum Ergebnis , dass in Deutschland 19 Regionen so abgehängt sind , dass sie aus eigener Kraft keinen Anschluss an die durchschnittlichen Lebensverhältnisse mehr erreichen können.**

Dies gilt nicht nur für das West - Ost Gefälle sondern noch stärker für das Gefälle zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen und zwischen Stadt und Land. Weder der Bund noch die Länder haben ihren Verfassungsauftrag erfüllt, für gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Als Folge der Schließung von Schulen, Kitas , Jugendeinrichtungen, Schwimmbädern , Bürgerämtern, Kultureinrichtungen und Einschränkungen des Öffentlichen Nahverkehrs haben sich dann auch Unternehmen und Geschäfte zurückgezogen. Arbeits- und Ausbildungsplätze und Einkaufsmöglichkeiten sind in diesen Regionen selten geworden.

So haben wir vielfach Regionen, in denen die Menschen abgeschrieben worden und sich ihrer Würde und Zukunft beraubt sehen. Auch diese Entwicklung trifft insbesondere Kinder und junge Menschen, die in diesen Regionen keine Chancen haben.

Jetzt ist die Not groß, denn gerade die strukturschwachen Städte und Landkreise haben nicht nur enormen Nachholbedarf beim Wiederaufbau einer bedarfsgerechten Infrastruktur sondern häufig auch horrenden Altschulden und müssen mit immer mehr Kassenkrediten ihre laufenden Betriebsausgaben im Bereich Soziales finanzieren. Diese Kredite für laufende Ausgaben sind bis Ende 2017 trotz sprudelnder Steuereinnahmen auf gut 46 Mrd. Euro angestiegen. Eine erhebliche und ständig wachsende Belastung stellen dabei die Pensionen und Beihilfen für pensionierte BeamtInnen dar, die in manchen Kommunen schon zwischen 20% - 30 % des Betriebshaushaltes betragen.

Um die betroffenen Kommunen so handlungsfähig zu machen, dass wieder Kitas , Jugendeinrichtungen, Schwimmbäder und Bürgerhäuser errichtet und im laufenden Betrieb mit Personal finanziert werden können, sind sowohl einmalige Hilfen zur Entschuldung als auch laufende Unterstützungen in den Betriebshaushalten jeweils in zweistelliger Milliardenhöhe erforderlich. Bisher haben nur die Grünen auf Bundesebene ein Finanzierungskonzept vorgelegt. Ein Finanzierungskonzept der Bundesregierung steht noch aus.

6. Verplante Kindheit und Jugend - Kontroll- und Steuerungsphantasien in Politik und Pädagogik

Wenn in der Politik das Wissen um die Kosten der Dinge stärker ausgeprägt ist als das Wissen um den Wert der Dinge sind falsche Weichenstellungen die Folge. Dies gilt in besonderer Weise auch für eine zukunftsorientierte Politik der Generationen - Gerechtigkeit. Die öffentliche Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen wird häufig durch Klischees und Vorurteile belastet. Das so entstandene Bild einer verwöhnten, nicht leistungsbereiten , konsumsüchtigen, unpolitischen und z.T. gewaltbereiten Jugend widerspricht allen empirischen Erkenntnissen. Es prägt aber staatliches Handeln in all jenen Feldern, wo die Auseinandersetzung mit Kindern und Jugendlichen und ihren Bedürfnissen und Interesse - Bekundungen relevant ist.

Die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Schuljahre (G 8) gegen deren erklärten Willen hat die Verplanung, das formale Lernen und den Druck erhöht und damit die Persönlichkeitsentwicklung im Bereich soziales , emotionales Lernen und Kreativität eingeschränkt. Die für viele SchülerInnen kaum noch vorhandene Freizeit für soziales und

kulturelles Engagement führt zu einer für die demokratische Entwicklung bedrohlichen Verkürzung des Bildungsverständnisses. Wenn junge Menschen dann auch noch am Freitag während der Schulzeit demonstrieren, ergiesst sich über sie ein Schwall spießbürgerlicher Beschimpfungen und die von einigen Kultus - Ministerien angedrohten Sanktionen in Form von Bussgeldern oder Schulverweisen sollen demnächst folgen.

Durch innerstädtische Verdichtung verschwinden immer mehr Freiflächen für Kinder und Jugendliche und selbst städtische Spielplätze ohne Sanitäranlagen und mit verrosteten und defekten Spielgeräten werden sich selbst überlassen , bis sie aus Sicherheitsgründen geschlossen werden.

Obwohl die Jugendkriminalität, darunter auch die Gewaltdelikte, deutlich zurückgegangen sind, finden pädagogische Konzepte der neuen Autorität wieder Zulauf und überlasteten Pädagogen in Schule und Sozialarbeit wird Hilfe versprochen, wenn sie Techniken der Neuen Autorität anwenden oder Stufenkonzepte praktizieren, in denen junge Menschen erst entrechtet werden um ihnen dann wieder schrittweise ihre Rechte zuzugestehen.

Die in der UN - Kinderrechtskonvention vorgeschriebene Beteiligung junger Menschen an allen sie betreffenden Planungen findet praktisch nicht statt, weil sie Zeit kostet obwohl wir wissen, dass eine solche Beteiligung einen erheblichen Qualitätsgewinn für alle Planungen mit sich bringt. Wir wissen zudem, dass selbst familiär und biografisch hoch belastete Kinder und Jugendliche eine enorme Kraft entwickeln können, ihrem Leben eine eigene Richtung zu geben, wenn man mit ihnen zusammen auf Augenhöhe Perspektiven entwickelt. Stattdessen gibt der Staat leider wieder mehr Geld aus, um immer mehr Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen fern ihres Umfeldes in Heimen unterzubringen, und deren Freiheit einzuschränken.

Wer sich dennoch entschliesst, in politischen Parteien an der Willensbildung der Volkes mitzuwirken, sieht sich häufig einer von den Altvorderen gepflegten verkrusteten und inhaltsarmen Struktur gegenüber, die für junge Menschen nur schwer aufzubrechen ist.

7. Intervention statt Prävention- Wenn der Sozialstaat von präventiven Förderer zum Kontrolleur der Familien wird

Die Ausrichtung der Sozialen Arbeit in Deutschland hat sich in den letzten Jahren radikal verändert. Während bei allen vorbeugenden alltagsunterstützenden Hilfen die Zuwendungen abgebaut wurden, haben sich die Eingriffe in Familien deutlich erhöht. Abgebaut wurden vor allem die vorbeugenden Leistungen der öffentlichen Gesundheitsdienste, Beratungsstellen, Familienzentren und Angebote für Kinder und Jugendliche. **Allein 3200 Einrichtungen der offenen Kinder-und Jugendarbeit sind nach dem letzten Jugendbericht der Bundesregierung von 2017 zwischen 2007 und 2016 in Deutschland dem Rotstift zum Opfer gefallen** . Die Zahl der Inobhutnahmen, Heimunterbringungen und der Eingriffe in das Sorgerecht sind in diesem Zeitraum hingegen drastisch angestiegen . Die Soziale Arbeit wird dadurch immer inhumaner und teurer und dank der Politik der Schwarzen Null steht die kommunale Infrastruktur für Familien vor weitem Kürzungen.

8. Krieg und Frieden - Der Rückfall in den kalten Krieg und seine finanzpolitischen Folgen

Nichts bedroht Menschen mehr als der Krieg, denn er kostet vielen Menschen vom Säugling bis zum Greis das Leben. Hunger, Vertreibung und Flucht sind die Folgen und ein Europa, das an den Kriegs-und Fluchtursachen durch Waffenhandel und ungerechte Weltwirtschaft entscheidend beteiligt war sich aber nun wie eine Festung abschottet. Die Kündigung des letzten großen internationalen Abrüstungsvertrages macht die Weltlage auch für uns wieder unsicherer und bedroht damit auch eine friedliche Zukunftsgestaltung zukünftiger

Generationen. Die in Deutschland aktuell erhobenen Forderungen nach einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben stellen eine doppelte Provokation dar. Zum einen wird mit dieser Forderung erneut der längst widerlegte Schwindel neu aufgelegt, als würde eine Politik der Aufrüstung mehr Sicherheit bringen. Die Geschichte lehrt uns aber - zuletzt am Beispiel Afghanistan und Irak - , dass das Gegenteil der Fall ist.

Der Vergleich der Militärausgaben im Jahr 2018 stellt eine noch größere Provokation einer nachhaltigen Politik dar, wie die nachfolgende Tabelle zeigt (BUND - Pressemeldung vom 7.7.2019):

1. USA,	649	Mrd. Dollar
2. China,	250	Mrd. Dollar
3. Saudi-Arabien	67,6	Mrd. Dollar
4. Indien.	66,5.	Mrd. Dollar
5. Frankreich.	63.8	Mrd. Dollar
6. Russland.	61.4.	Mrd. Dollar
7. Großbritannien.	50	Mrd. Dollar
8. Deutschland.	49,5.	Mrd. Dollar

Die Rüstungsausgaben aller 29 NATO - Staaten beliefen sich 2018 auf 963 Mrd. Dollar und damit auf 53 % der gesamten weltweiten Ausgaben. Die Ausgaben der NATO belaufen sich gegenüber Russland auf das 15 - fache. Vor diesem Hintergrund eine Erhöhung der Militärausgaben der NATO gegenüber Russland für notwendig zu erklären ist Volksverdummung. Die von den USA erwartete Steigerung der Rüstungsausgaben Deutschland würde zusätzliche weitere 25 Mrd. Dollar an Kürzungen im Bundeshaushalt an anderer Stelle notwendig machen. Diese Kürzungen würden dann im Bereich Bildung, Soziales, Gesundheit, Umwelt oder Familie und Jugend erfolgen müssen und eine unverantwortliche weitere Belastung der Zukunftschancen zukünftiger Generationen nach sich ziehen. Einer offensiven Klimapolitik würde damit zugleich die finanzielle Grundlage entzogen.

Epilog : Mit Jungen Menschen die Zukunft gestalten

Die Bilanz der aktuellen deutschen Politik im Hinblick auf Zukunftssicherung und Nachhaltigkeit ist deprimierend. Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel der umfassend und zügig erfolgen muss. Nicht nur die drohende Klimakatastrophe sondern auch das Armuts- und Reichtumsgefälle in der Welt und in Deutschland bedarf sofortiger Umsteuerung in zahlreichen Handlungsfeldern. Das aktuelle Herumwerkeln an kleinen Lösungen wird uns nicht mehr helfen. Es ist an der Zeit mit der jungen Generation und einem Generationen übergreifenden Zivilgesellschaftlichen Bündnis eine neue Politik auf den Weg zu bringen, die die Parteien und Parlamente zu einem Kurswechsel bewegen.

Wir , die Älteren, müssen die Anliegen der jungen Generation zu den unseren machen.

Nicht nur Junge Menschen auch wir sehen nicht ein,

- > dass die verabredeten Klimaziele nicht eingehalten werden,
- > dass wir noch Jahre warten, bis der Einsatz von Glyphosat und die Überdüngung mit Gülle gestoppt wird,
- > dass die Agrarpolitik in Deutschland und in der EU nachhaltiges Wirtschaften bestraft
- > dass Fliegen billiger ist als Bahnfahren

- > dass nichts Wirksames gegen Kinderarmut getan wird, obwohl alle ExpertInnen die Einführung einer Kindergrundsicherung für überfällig erachten
- > dass nichts Wirksames gegen die Wohnungsnot getan wird
- > dass hunderttausende von LehrerInnen und SozialpädagogInnen fehlen, weil das Geld für Bildung nicht dem Bedarf entspricht
- > dass in Kommunen weiter Schwimmbäder , Jugendhäuser und Familienzentren geschlossen werden
anstatt sie auszubauen und statt dessen immer mehr Eingriffe in das Sorgerecht von Familien vorgenommen werden
- > dass auf Milliarden zusätzlicher Hausmittel durch Steuereinnahmen verzichtet wird, weil Konzerne wie Amazon, Apple und Google ihre Milliarden - Gewinne in Steuerparadiesen zu Mindestpreisen versteuern können
- > dass die Schuldenbremse und die Politik der Schwarzen Null den Staat daran hindert, die notwendigen Mittel für nachhaltige Zukunftspolitik zur Verfügung zu stellen
- > dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Planungen in nahezu keiner Stadt/keinem Landkreis regelhaft erfolgt und,
- > dass Deutschland zusätzliche Milliarden für Rüstung ausgeben will, anstatt mehr Geld in Bildung, Armutsbekämpfung und Klima- Umweltschutz zu investieren

**Wir die Älteren fordern gemeinsam mit der jungen Generation dazu auf, dass diese Themen ehrlich und selbstkritisch von den Parteien , Verbänden und Parlamenten aufgegriffen werden und überall mit jungen Menschen diskutiert werden. Die Abgehängten dieses Landes in Ost und West haben alles Recht der Welt auf die Straße zu gehen. Aber niemand hat das Recht, die Menschenwürde und die Demokratie in Frage zu stellen und Hass zu verbreiten.
Hass - Schürer und Wirrköpfe sind keine Alternative für Deutschland.**

**Angaben zum Autor : Wolfgang Hammer, Dr. phil. Soziologe, Freiberuflicher Fachautor,
Kontakt: hammer.norderstedt@gmx.de**